

- i Editorial:**  
Arbeitsmarkt – Mit Beweglichkeit aus der Krise
- i Hoher Pflege-Mindestlohn**  
führt zu Versorgungslücken
- i Straßenverkehr: Weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß**  
durch höheren Spritpreis
- i „Was macht eigentlich“:**  
Prof. Dr. Friederike Welter

# Arbeitsmarkt: Mit Beweglichkeit aus der Krise



Das Statistische Bundesamt verkündete jüngst, dass die „atypische“ Beschäftigung in Deutschland zwischen 1998 und 2008 zugenommen hat. Demnach ist der Anteil der Erwerbstätigen, die sozialversicherungspflichtig, unbefristet und mit mindestens der Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit beschäftigt waren, in diesem Zeitraum von knapp drei Viertel auf zwei Drittel zurückgegangen. Zeitgleich haben „atypische“ Beschäftigungsformen wie Minijobs und Zeitarbeit zugenommen. Auf den ersten Blick mag das so aussehen, als ob reguläre Beschäftigungsverhältnisse der Flexibilisierung zum Opfer gefallen seien. Nach Meinung vieler Ökonomen haben aber vermutlich gerade die durch die Arbeitsmarktreformen in den vergangenen Jahren entstandenen „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum gesunken ist. Viele der „atypisch“ Beschäftigten hätten also sonst keinen regulären, sondern vermutlich gar keinen Job.

Sie wären somit stärker von Armut bedroht als ohne „atypische“ Beschäftigung.

In der momentanen wirtschaftlichen Situation sollte denn auch alles getan werden, um den Arbeitsmarkt flexibel zu halten. Zwar scheint es, als sei das Schlimmste überstanden. Nach der Finanzkrise weisen die Konjunkturindikatoren wieder zaghaft nach oben, verhaltener Optimismus macht sich breit. Doch bei aller Zuversicht: dem deutschen Arbeitsmarkt steht das Schlimmste noch bevor. Zum einen, weil er konjunkturellen Schwankungen zeitlich meist hinterherhinkt. Zum anderen, weil das verlängerte Kurzarbeitergeld viele Arbeitnehmer erst einmal vor der Entlassung bewahrt hat.

In dieser Situation sind unflexible Regelungen wie Mindestlöhne ein falsches Signal, denn sie führen vor allem bei Arbeitnehmern mit geringer Qualifikation nachgewiesenermaßen zu Beschäftigungsverlusten. Gerade jetzt müssen vielmehr die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Arbeitslosigkeit im beginnenden Aufschwung möglichst schnell zurückgeht – insbesondere auch bei den niedrig Qualifizierten. Dazu sollten vorhandene flexible („atypische“) Elemente des Arbeitsmarkts wie Zeitarbeit und geringfügige Beschäftigung nicht nur erhalten, sondern gegebenenfalls weiter ausgebaut werden. Damit auch am deutschen Arbeitsmarkt möglichst schnell ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist.

*Ch.M. Schmidt*

## Hoher Pflege-Mindestlohn führt zu Versorgungslücken

*Ein hoher Mindestlohn für Pflegehilfskräfte könnte bis zum Jahr 2020 zu einer Versorgungslücke von 260 000 Pflegeplätzen (ca. 16%) führen, wenn dadurch Insolvenzen zunehmen und sich Kapital teilweise aus dem deutschen Pflegemarkt zurückzieht. Ein derzeit diskutierter bundeseinheitlicher Mindestlohn von 9,68 € pro Stunde hätte insbesondere auf Anbieter in Ostdeutschland, private Anbieter und ambulante Dienste massive negative Effekte.*

Die Einführung eines Mindestlohns von 9,68 € für Pflegehilfskräfte könnte zu einer Versorgungslücke von rund 100 000 Plätzen im stationären und 160 000 Plätzen im ambulanten Bereich bis 2020 führen. Entsprechend wären bis dahin 22% der Pflegebedürftigen in Ostdeutschland und 7% in Westdeutschland ohne Heimplatz. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Sonderauswertung des „Pflegeheim Rating Report 2009“ von RWI, ADMED GmbH und HCB GmbH. Da der Mindestlohn die Arbeit der Pflegehilfskräfte verteuern würde, könnten Entlassungen und Einstellungsstopps die Folge sein. Zudem ist zu erwarten, dass die Insolvenzwahrscheinlichkeit steigen würde und sich insbesondere private Kapitalgeber teilweise aus dem Pflegesektor zurückziehen würden. 2007 lag der Anteil stationärer Plätze in privater Trägerschaft bei 39%, 45% aller ambulant Pflegebedürftigen wurden von privaten ambulanten Diensten betreut. Besonders stark von der Einführung von Mindestlöhnen betroffen wären Anbieter in Ostdeutschland, private Anbieter und ambulante Dienste. Dies könnte dazu führen, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gefährdet würde.

Die durch Einführung des Mindestlohns entstehende Versorgungslücke könnte geschlossen werden, indem die Preise für Pflegeleistungen angehoben werden. Würden die höheren Personalkosten vollständig auf die Preise umgelegt, kämen auf Pflegebedürftige, deren Angehörige und Sozialämter in den Jahren 2010 bis 2020 kumulierte Mehrkosten von 3,3 Mrd. € zu. In der Folge würden Angehörige voraussichtlich vermehrt

auf illegale oder halblegale Angebote (Schwarzarbeit) zurückgreifen.

### ***In der Studie werden zwei verschiedene Szenarien berechnet***

Für die Untersuchung wurden Daten des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) für über 13 000 Beschäftigte von stationären und über 700 Beschäftigte von ambulanten Einrichtungen verwendet. Es wurden zwei Mindestlohn-Szenarien berechnet: ein bundeseinheitlicher Mindestlohn von 9,68 €, wie er von Vertretern der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di und der AWO befürwortet wird, sowie ein Mindestlohn von 8,50 € in West- und 7,50 € in Ostdeutschland. Auch in diesem Fall waren die Konsequenzen negativ, allerdings weniger drastisch.

Da die Pflegebranche seit Februar 2009 unter das Arbeitnehmerentendegesetz fällt, soll eine achtköpfige Kommission bis Ende dieses Jahres einen Vorschlag zur Höhe des Mindestlohns erarbeiten. Vertreter privater Anbieter sind in diesem Gremium unterrepräsentiert.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen würde ein hoher Mindestlohn die Lohnunterschiede zwischen Pflegefach- und Pflegehilfskräften verringern. Hierdurch hat ein gering qualifizierter Arbeitnehmer geringere Anreize, sich zusätzliche Qualifikationen anzueignen. Angesichts des zusätzlichen Bedarfs von rund 50 000 Pflegefachkräften im stationären und 27 000 im ambulanten Bereich bis 2020 wäre dies kontraproduktiv.

*Die Studie „Auswirkungen von Mindestlöhnen auf Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige“ ist als RWI Projektbericht erschienen und unter [www.rwi-essen.de/pb](http://www.rwi-essen.de/pb) als pdf-Datei erhältlich.*

**Informationen: [augurzky@rwi-essen.de](mailto:augurzky@rwi-essen.de),  
[weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)**

## Urban-Audit-Analyse: Schon viel erreicht, noch viel zu tun

*Seit 2003 werden im „Urban Audit“ Städtedaten aus mittlerweile 27 europäischen Ländern gesammelt. Bei einem Workshop in Berlin diskutierten Regionalexperten über den aktuellen Stand und Perspektiven des Projekts. Mit dabei war auch RWI-Mitarbeiter Dr. Uwe Neumann, der Mitglied einer Expertengruppe ist, die an der weiteren Verbesserung des Audits arbeitet.*

Statistische Indikatoren europäischer Städte sammeln und vergleichbar machen, das ist die Idee des „Urban Audit“, das im Jahr 2003 auf Initiative der Generaldirektion „Regionalpolitik“ der Europäischen Kommission startete. In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) und den nationalen Statistikämtern werden hierzu für jede beteiligte Stadt im Abstand von drei Jahren fast 300 statistische Indikatoren aus den Bereichen Demographie, Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Transport, Informationsgesellschaft und Freizeit erhoben. Mittlerweile beteiligen sich mehr als 250 Städte aus 27 Europäischen Ländern am „Urban Audit“.

Ende März 2009 trafen sich Repräsentanten aus 30 teilnehmenden Städten in Berlin, um den aktuellen Stand des Projekts und seine Perspektiven zu diskutieren. Momentan entwickelt das RWI im Auftrag der EU-Kommission eine neue Typologie für das „Urban Audit“, auf deren Basis weiterführende Analysen erstellt werden können. Für das RWI nahm Regional-Experte Dr. Uwe Neumann am Workshop teil. Er ist verantwortlich für die RWI-Untersuchung und Mitglied eines 35-köpfigen Expertenpanels, das das „Urban Audit“ weiter vorantreiben soll.

### **Datenqualität schwankt stark**

Im Verlauf des Workshops zeigte sich, dass sowohl die Erhebung der Daten als auch ihre Nutzung verbessere-

rungsfähig sind. So variiert die Datenqualität zwischen den 27 beteiligten EU-Ländern stark, sowohl was die Ausfüllrate als auch was die Definition der Variablen angeht. Im Ergebnis lassen sich die Daten bisher dadurch nur eingeschränkt für Analysen verwenden. Da sie zudem nur alle drei Jahre erhoben werden, sind sie teils nicht aktuell genug. Hinzu kommt, dass sich für Aspekte wie „Urban Governance“ nur schwer Indikatoren finden lassen, mit deren Hilfe Städte miteinander verglichen werden können.

Deshalb soll künftig jährlich ein kleineres Set von 30 bis 50 Variablen für die beteiligten Städte abgefragt werden. Zudem ist geplant, die Variablen einheitlicher zu definieren und das volle Datenset als Download verfügbar zu machen. Darüber hinaus soll eine differenzierte Typologie der Städte entwickelt werden. Allerdings in dem Bewusstsein, dass Typologien immer künstliche Konstrukte sind, die die komplexe und einzigartige Struktur einer Stadt nur unzureichend wiedergeben und daher von Politikern nicht als alleinige Grundlage für Politikmaßnahmen verwendet werden sollten.

Informationen: [neumann@rwi-essen.de](mailto:neumann@rwi-essen.de)



### Straßenverkehr: Weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch höheren Spritpreis ■

*Eine höhere Mineralölsteuer würde die CO<sub>2</sub>-Emissionen des deutschen Straßenverkehrs wirksamer senken als die von der EU verordneten schärferen Emissionsstandards für Kraftfahrzeuge. Eine aktuelle RWI-Studie zeigt, dass schärfere Emissionsstandards sogar zu zusätzlichen Fahrten führen. Die europäische Energiepolitik hätte daher weiterhin die CO<sub>2</sub>-Emissionen nur über die Mineralölsteuern regulieren sollen. Die Nachfrage der Verbraucher nach verbrauchsärmeren Fahrzeugen wäre dann auch ohne schärfere Standards gestiegen.*

Um die CO<sub>2</sub>-Emissionen des deutschen Straßenverkehrs zu reduzieren, ist eine höhere Mineralölsteuer wirksamer als die Einführung von niedrigeren Emissionsstandards für Kraftfahrzeuge. Nach einer Studie des RWI, die in der Fachzeitschrift „Environmental and Resource Economics“ veröffentlicht worden ist, führt ein um 10% höherer Benzinpreis zu 3,5% weniger Fahrten, während eine um 10% höhere Treibstoffeffizienz 5,2% mehr Fahrten zur Folge hat. Grund ist, dass eine höhere Treibstoffeffizienz niedrigere Benzinkosten für die Autofahrer bedeutet. Entsprechend fahren diese mehr mit dem Auto. Dieser so genannte „Rebound-Effekt“ bewirkt, dass mehr als die Hälfte der Emissionen, die durch effizientere Fahrzeuge eingespart werden könnten, durch zusätzliche Fahrten trotzdem entstehen.

Grundlage der Untersuchung sind Daten des Deutschen Mobilitätspanels (MOP), einer fortlaufenden Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Für die Studie wurden Befragungsergebnisse von 940 Haushalten aus den Jahren 1997 bis 2006 analysiert. Dabei ging es unter anderem um die Entscheidung, ob überhaupt ein eigenes Auto angeschafft wird und welche Strecken damit zurückgelegt werden.

*Höherer Benzinpreis würde Nachfrage nach effizienteren Fahrzeugen erhöhen*

Im Ergebnis stellt die Untersuchung die europäische Energiepolitik in Frage, die neben der Besteuerung von Treibstoff zunehmend auf schärfere Effizienzstandards für Kraftfahrzeuge setzt. So soll nach dem Willen der Europäischen Kommission der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neuwagen bis zum Jahr 2015 schrittweise auf durchschnittlich 130 g CO<sub>2</sub>/km begrenzt werden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen jedoch, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen mit einer höheren Mineralölsteuer effektiver vermindert werden könnten. Dadurch würde nicht nur die Fahrleistung der einzelnen Kraftfahrzeuge gesenkt, gleichzeitig würden auch weniger Haushalte ein Auto anschaffen. Die Entwicklung effizienterer Kraftfahrzeuge würde trotzdem gefördert, weil der höhere Benzinpreis die Nachfrage nach Fahrzeugen mit niedrigerem Benzinverbrauch erhöhen würde. Somit würden sich effizientere Technologien auch ohne explizite Vorschriften zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß verbreiten.

*Die gesamten Ergebnisse der Studie sind im Artikel „Do High Oil Prices Matter? Evidence on the Mobility Behavior of German Households“ veröffentlicht. Er ist in der Fachzeitschrift „Environmental and Resource Economics“, Jg. 43, S. 81–94, erschienen.*

*Informationen: [frondel@rwi-essen.de](mailto:frondel@rwi-essen.de),  
[weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)*

# Aus der Forschung

## Eingeworbene Forschungsaufträge

**Economic impacts from the promotion of renewable energies: The German experience**  
*Auftraggeber: The Competitive Enterprise Institute.*  
*Ansprechpartner: Prof. Colin Vance.*  
*Laufzeit: 3 Monate*

**Innovationsbericht 2009**  
*Auftraggeber: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW.*  
*Ansprechpartner: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt.*  
*Laufzeit: 8 Monate*

**Entwicklung der Märkte des Handwerks und betriebliche Anpassungserfordernisse**  
*Auftraggeber: Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.*  
*Ansprechpartner: Dr. Bernhard Lageman.*  
*Laufzeit: 2 Jahre*

**Ökonometrische Modellierung von Produktionsprozessen am Beispiel der Substitution von Energieträgern in der Elektrizitätserzeugung**  
*DFG-Projekt. Ansprechpartner: Dr. Harald Tauchmann.*  
*Laufzeit: 3 Jahre*

**Datenmonitoring und Evaluation des Programms „Bildungsprämie“**  
*Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung.*  
*Ansprechpartner: Dr. Marcus Tamm.*  
*Laufzeit: 3 Jahre*

**Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte**  
*Auftraggeber: Bundesministerium der Finanzen;*  
*Ansprechpartner: Dr. Roland Döhrn.*  
*Laufzeit: 7 Monate.*

## Termine

### RWI bei der EEA-Jahrestagung in Barcelona

Auch in diesem Jahr präsentierte das RWI seine Publikationen bei der gemeinsamen Jahrestagung von *European Economic Association (EEA)* und *Econometric Society (ES)*. Bei der Konferenz, die vom 23. bis 27. August in Barcelona stattfand, waren neben den RWI-Wissenschaftlern auch einige Stipendiaten der vom RWI mit getragenen „Ruhr Graduate School in Economics“ vertreten.



RGS Econ und RGS-Dozent Prof. Dr. Walter Krämer (3. von rechts) bei der EEA-Jahrestagung in Barcelona am RWI/RGS-Stand.

### Gastvortrag von Christian von Weizsäcker zum Thema Staatsschulden

„Staatsschulden als weltwirtschaftliches Steuerungsinstrument“ lautete der Titel des Gastvortrags, den Prof. Dr. em. Carl Christian von Weizsäcker am 16. Juli im Rahmen des „RWI Research Seminars“ hielt. Der langjährige Vorsitzende der Monopolkommission und ehemalige Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln knüpft mit einer aktuellen Forschungsarbeit an seine frühen kapitaltheoretischen Arbeiten an. Mit Bezug auf eine weltwirtschaftliche Perspektive zeigte er in einem sehr unterhaltsamen und spannenden Vortrag, dass in einer „keynsianischen Situation“ Staatsschulden erst dann zu einem Problem werden, wenn die Wachstumsraten der Wirtschaft



*Renommierter Besuch: Prof. Weizsäcker hielt im „RWI Research Seminar“ einen Vortrag zu „Staatsschulden als weltwirtschaftliches Steuerungsinstrument“.*

geringer ausfallen als der langfristige Zinssatz und es dann nicht mehr möglich ist, „aus den Schulden herauszuwachsen“.

*Informationen: [weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)*

## Publikationen

### Ruhr Economic Papers

*Wegen der zunehmenden Zahl an Ruhr Economic Papers werden aus Platzgründen in den „News“ zukünftig nur noch Titel und Autoren aufgeführt. Abstracts und Download der Ruhr Economic Papers unter [www.rwi-essen.de/rep](http://www.rwi-essen.de/rep).*

*(106) Colin Vance and Markus Mehlin, Tax Policy and CO<sub>2</sub> Emissions – An Econometric Analysis of the German Automobile Market*

*(107) Michael Fertig, Christoph M. Schmidt, and Mathias G. Sinning, The Impact of Demographic Change on Human Capital Accumulation*

*(108) Daniel Baumgarten, International Outsourcing, the Nature of Tasks, and Occupational Stability – Empirical Evidence for Germany*

*(109) Thomas K. Bauer and Mathias G. Sinning, The Purpose of Remittances – Evidence from Germany*

*(110) Peter Grösche, Housing, Energy Cost, and the Poor – Counteracting Effects in Germany’s Housing Allowance Program*

*(111) Dirk Engel and Vivien Procher, Export, FDI and Productivity – Evidence for French Firms*

*(112) Stefan Felder and Harald Tauchmann, Regional Differences in the Efficiency of Health Production: an Artefact of Spatial Dependence?*



# Publikationen

- (113) Lars Kunze, *Capital Taxation, Long-run Growth, and Bequests*
- (114) Stefan Felder and Anja Olbrich, *Dealing with Excessive Off-label Drug Use: Liability vs. Patent Prolongation*
- (115) Markus Hörmann and Andreas Schabert, *An Interest Rate Peg Might Be Better than You Think*
- (116) Jörg Franke and Tahir Öztürk, *Conflict Networks*
- (117) Sonja C. Kassenboehmer and John Haisken-DeNew, *Social Jealousy and Stigma: Negative Externalities of Social Assistance Payments in Germany*
- (118) Sandra Schaffner, *Heterogeneity in the Cyclical Sensitivity of Job-to-Job Flows*
- (119) Christoph Schwierz and Ansgar Wübker, *Determinants of Avoidable Deaths from Ischaemic Heart Diseases in East and West Germany*
- (120) Christoph Schwierz, Ansgar Wübker, and Björn A. Kuchinke, *The Impact of Private versus Social Health Insurance on Offered Waiting Times in German Acute Care Hospitals*
- (121) John P. Haisken-DeNew and Matthias Vorell, *Killing them with Kindness: Negative Distributional Externalities of Increasing UI Benefits*
- (122) John P. Haisken-DeNew and Christoph M. Schmidt, Nickel and Dime German Style: *The Working Poor in Germany*
- (123) Boris Augurzky, Dirk Engel, Christoph M. Schmidt, and Christoph Schwierz, *Ownership and Financial Performance in the German Hospital Sector*
- (124) Ronald Bachmann and Peggy David, *The Importance of Two-Sided Heterogeneity for the Cyclical Dynamics of Labour Market Dynamics*
- (125) Leilanie Basilio, *Deciding Who Works Where – An Analysis of the Distribution of Work within Native and Immigrant Families in Australia*
- (126) Dirk Engel and Joel Stiebale, *Private Equity, Investment and Financial Constraints – Firm-Level Evidence for France and the United Kingdom*
- (127) Volker Clausen and Hannah Schürenberg-Frosch, *Aid, Spending Strategies and Productivity Effects – A Multi-sectoral CGE Analysis for Zambia*
- (128) Ansgar Belke and Daniel Gros, *A Simple Model of an Oil Based Global Savings Glut – The „China Factor“ and the OPEC Cartel*
- (129) Verena Eckl and Dirk Engel, *Benefiting from Publicly Funded Pre-competitive Research – Differences between Insiders and Outsiders*
- (130) Jörg Franke, Christian Kanzow, Wolfgang Leininger, and Alexandra Väth, *Effort Maximization in Asymmetric N-person Contest Games*
- (131) Ansgar Belke, Ingo Bordon, Inna Melnykovska, and Rainer Schweickert, *Prospective NATO or EU Membership and Institutional Change in Transition Countries*
- (132) Annika Herr, Hendrik Schmitz, and Boris Augurzky, *Does Higher Cost Inefficiency Imply Higher Profit Inefficiency? – Evidence on Inefficiency and Ownership of German Hospitals*
- (133) Ansgar Belke and Jens Klose, *Does the ECB Rely on a Taylor Rule? – Comparing Ex-post with Real Time Data*
- (134) Joscha Beckmann, Ansgar Belke, and Michael Kühn, *How Stable Are Monetary Models of the Dollar-Euro Exchange Rate? – A Time-varying Coefficient Approach*



## RWI : Materialien

Download unter [www.rwi-essen.de/mat](http://www.rwi-essen.de/mat)

*(53) Boris Augurzky, Sebastian Krolop, Rosemarie Gülker, Christoph M. Schmidt, Hartmut Schmidt, Hendrik Schmitz, Christoph Schwierz und Stefan Terkatz, Krankenhaus Rating Report 2009 – Im Auge des Orkans*

Bei dem Krankenhaus Rating Report 2009 handelt es sich um den fünften seit 2004. Die Datenlage hat sich erneut deutlich verbessert, was zusätzliche Analysen ermöglichte. Eingegangen wird auf die Effekte des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes, auf das Konjunkturpaket II sowie auf die möglichen Folgen der Finanzkrise. Erstmals wird die Investitionstätigkeit von Krankenhäusern analysiert und die Berechnung des Investitionsstaus auf eine solidere Grundlage gestellt. Auf Basis von rund 17 Mill. Fällen werden Patientenströme untersucht und insbesondere die Bedeutung ausländischer Patienten thematisiert. Schließlich waren zum Thema Medizinische Versorgungszentren erste Aussagen möglich.

*(54) Boris Augurzky, Sebastian Krolop, Roman Mennicken, Arndt Reichert, Hartmut Schmidt, Hendrik Schmitz, Stefan Terkatz, Pflegeheim Rating Report 2009 – Konsolidierung voraus!*

Beim Pflegeheim Rating Report 2009 handelt es sich um den zweiten seit 2007. Erstmals kann auf die amtlichen Daten aller rund 11 000 Pflegeheime von Dezember 2007 und aus früheren Jahren zurück gegriffen werden, sodass neben dem Status quo auch Trends dargestellt werden. Darauf aufbauend wurden die Projektionen zur Zahl der Pflegefälle verbessert. Außerdem konnte die Zahl der untersuchten Jahresabschlüsse auf fast 400 gesteigert werden – sie umfassen insgesamt 1052 Pflegeheime. Damit lassen sich insbesondere Auswirkungen eines Mindestlohns analysieren. Schließlich war es erstmals möglich, Daten eines MDK auszuwerten und mit den Vergütungssätzen ins Verhältnis zu setzen, um daraus einen Zusammenhang zwischen Qualität und Preisniveau abzuleiten.

## RWI : Positionen

Download unter [www.rwi-essen.de/positionen](http://www.rwi-essen.de/positionen)

*(30) Christoph M. Schmidt und Nils aus dem Moore, Quo vadis, Ökonomik? 22. Mai 2009*

Die zur Weltrezession ausgeweitete Finanzkrise setzt im öffentlichen Diskurs auch die Wirtschaftswissenschaften unter Druck, ihre Erklärungs- und Beratungskompetenz werden bezweifelt. Vertreter der traditionellen Ordnungsökonomik kritisieren, dass an den Universitäten die Mathematik dominiere und wirtschaftspolitische Fragen an den Rand gedrängt würden. Die Diskussion geht jedoch genau an dieser Stelle völlig ins Leere, da es diesen Gegensatz bei genauerem Hinsehen gar nicht gibt. Die Kritik an der Formalisierung von Theorien und ihrer empirischen Überprüfung mithilfe quantitativer Verfahren beruht auf einer stark selektiven Wahrnehmung der gegenwärtigen Wissenschaftspraxis. Die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin an deutschen Universitäten ist daher gut beraten, sich am angelsächsischen Dreiklang „Mikroökonomik - Makroökonomik - Ökonometrie“ zu orientieren – als unabdingbarem Grundgerüst der modernen Ökonomik. Auf dieser Basis ausgebildete Ökonomen verfügen über die notwendigen Voraussetzungen, um systemische Zusammenhänge aufzuklären und der Politik bei der Bewältigung großer wirtschaftspolitischer Herausforderungen zu helfen.

*(31) Christoph M. Schmidt, Du sollst nicht zocken! 20. Juli 2009*

Zwei Instrumente stehen im Mittelpunkt der Krisen, in denen Opel, Arcandor und andere große Unternehmen staatliche Hilfe suchen oder gesucht haben: Kredite und Bürgschaften. Vergibt der Staat einen Kredit, so ist es offensichtlich, dass er dafür seine Verschuldung erhöhen muss. Um sie abzutragen, müssen die Steuern erhöht oder andere Staatsausgaben gekürzt werden. Diese Logik erschließt sich Steuerzahlern sofort. Das sieht bei Bürgschaften anders aus. Sie werden oft als die harmlose Alternative zu Krediten dargestellt.

# Publikationen

Ob das so ist, hängt auch davon ab, ob sie einzelne Transaktionen (Hermes-Programm) oder ganze Unternehmen (Opel) absichern sollen. Bürgschaften zur Exportförderung unterstützen oder ermöglichen Marktprozesse. Rettungsbürgschaften hingegen haben in der Regel zum Ziel, das Ergebnis eines Marktprozesses umzukehren. Bei den prominentesten Fällen, die derzeit diskutiert werden, hatten die Unternehmen den

Markttest schon vor der Finanzkrise nicht bestanden: Die Kunden haben andere Produkte gekauft. Daran ändert keine Prognose von Wirtschaftsprüfern etwas, keine Unterschriftenaktion und wahrscheinlich auch keine Bürgschaft. Das Risiko, auf das Gegenteil zu wetten, sollte die Politik nicht eingehen. Eine Lehre aus der Finanzkrise lautet: „Du sollst nicht zocken!“ Das gilt auch und vor allem für den Staat.

## Intern

### Sommerfest: Gute Laune trotz Schlechtwetter

Zwar begann das diesjährige RWI-Sommerfest tatsächlich sonnig, im Laufe des Abends begann es jedoch zu regnen, so dass der Innenhof des Instituts sich leerte. Eine Runde „RWI-Tabu“ im Sitzungssaal (bei dem es darum ging, ökonomische und institutsbezogene Fachtermini zu umschreiben, ohne bestimmte vorgegebene Begriffe zu nennen) ließ die Stimmung jedoch wieder steigen. Zudem hielt RWI-Vizepräsident Thomas Bauer tapfer am (überdachten) Grill die Stellung und sorgte für Nachschub an Steaks, Würstchen und Vegetarischem. Als der Regen schließlich nachließ, konnte draußen

weitergefeiert werden.



*Alles fing so gut an: das RWI-Sommerfest startete am Nachmittag bei sonnigem Wetter im Innenhof, dann kam der Regen.*

### RWI-Betriebsausflug: (Fast) alle in einem Boot

Unter dem Motto „Ein Tag am See“ führte der diesjährige RWI-Betriebsausflug an und auf den Essener Baldeneysee. Los ging es am Vormittag mit einer Führung durch die Ausstellung „Villa Hügel zeigt Folkwang“. Dort konnten unter anderem Werke von Monet, Renoir und van Gogh besichtigt werden. Zu Fuß, per Auto, Schiff und auf Inlineskates ging es im Anschluss zum Turnverein Kupferdreh am Südufer des Baldeneysees.



*Wasser überall: Das Drachenboot-Training beim diesjährigen RWI-Betriebsausflug entpuppte sich als nasses Vergnügen, zum Seewasser von unten gesellte sich der Regen von oben.*

Nach Kaffee und Kuchen bestand hier die Möglichkeit, unter fachkundiger Anleitung das Paddeln im Drachenboot zu erlernen. Wie sich herausstellte, eine recht feuchte Angelegenheit, zumal der einsetzende

Regen für zusätzliche Nässe von oben sorgte. Trotzdem gelang es dem Institutsteam recht schnell, einen einheitlichen Rhythmus zu finden und das Drachenboot dank geschlossener Mannschaftsleistung Geschwin-

digkeit aufnehmen zu lassen. Trotz teils turbulenter Geschehnisse kehrten alle RWI- und RGSler heil an Land zurück. Dort konnten sie ihre Energiereserven am Grillbuffet wieder auffüllen.

## „Was macht eigentlich ...“

Prof. Dr. Friederike Welter arbeitete von 1993 bis 2006 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kompetenzbereich „Existenzgründung und Unternehmensentwicklung, Handwerk und Neue Technologien“ (der heutige Kompetenzbereich „Unternehmen und Innovation“) des RWI, seit 2003 war sie stellvertretende Leiterin des Kompetenzbereichs. Zuvor absolvierte sie ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Wuppertal und Bochum und schloss ihre Promotion, die durch ein Stipendium der Landesgraduiertenförderung NRW unterstützt wurde, über KMU und KMU-Förderung in Nigeria 1992 ab. 2002 habilitierte sie sich an der Universität Lüneburg. Von 2005 bis 2008 war sie Professorin für „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Management kleiner und mittlerer Unternehmen“ an der Universität Siegen.



Seit 2008 ist Friederike Welter Professorin für Betriebswirtschaftslehre und „Associate Dean for Research“ an der schwedischen *Jönköping International Business School*. Zudem hat sie eine Gastprofessur am *Small Business Research Centre* der *Kingston University* in Kingston/UK und eine Stiftungsprofessur für Entrepreneurship an der *Stockholm School of Economics* in Riga inne.

... Prof. Dr. Friederike Welter

1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

*Einiges! Was mir an der Uni am meisten hilft: die breiten Erfahrungen beim Antragschreiben und Einwerben von Forschungsgeldern, aber auch, wie man Forschungsergebnisse der Politik „verkauft“.*

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

*Die netten Kollegen aus der Handwerksabteilung, mit denen sich auch noch mittenachts im Gutachtenendspurt gut zusammenarbeiten ließ, und Herrn Westram, der nun wirklich jede Schrift besorgen konnte, die irgendwo veröffentlicht wurde – wenn es manchmal auch dauerte.*

3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

*Als Associate Dean for Research bin ich für die Forschungsarbeit und -qualität an der gesamten Business School verantwortlich, habe also mehr Leitungsverantwortung – und natürlich die Lehre, die hier sehr international geprägt ist.*

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

*Der (internationale) Wettbewerb um immer knappere Forschungsmittel und gute Leute!*

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

*Was liest Du denn als nächstes?*



## RWI News

### Nr. 3/2009 (August)

Herausgeber:  
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1-3

45128 Essen

Tel.: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

[rwi@rwi-essen.de](mailto:rwi@rwi-essen.de)

[www.rwi-essen.de](http://www.rwi-essen.de)

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Layout: Daniela Schwindt

Fotos: Julica Bracht, Karl-Heinz Herlitschke, Nicole Karle, Sabine Weiler

ISSN 1612-3581